Abonnementspreis
[illegible]
Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
[illegible]
Telephon: Nr. [illegible]
Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
kosten die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und bei wiederholt beantragter Wiederholung mit Rabatt gemäß. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis Dienstag früh 10 Uhr [illegible] und sind im voraus zu bezahlen.
Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. [illegible]
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 57. | Dresden, Montag den 9. März 1908. | 19. Jahrg.

Der Brief an Lord Tweedmouth.

Der Kaiserbrief an den Ersten Lord der Admiralität hat in England die größte Sensation erregt. Die Mehrzahl der Londoner Blätter bemüht sich gleichwohl, den Vorfall nicht allzu ernst zu nehmen und neue Verstimmungen zwischen den beiden Ländern nicht aufkommen zu lassen. Vielfach wird auch bedauert, daß Lord Tweedmouth den Brief nicht sofort dem Gesamtministerium unterbreitet hat.

Der Anlaß zu dem Briefe wird wie folgt dargestellt:

Der dem König Eduard nahestehende Lord Esher, Vizeschloßhauptmann von Windsor, war aufgefordert worden, in den Vorstand einer neugegründeten englischen Flottenliga, die sich von dem bisherigen englischen Flottenbund abgesondert hatte, einzutreten, um die Agitation gegen die nach Ansicht der Liga unzulängliche Marinepolitik des Kabinetts Campbell-Bannerman zu unterstützen. Die Aufforderung hatte Lord Esher mit der Motivierung abgelehnt, daß die Marinepolitik der Regierung vollkommen ausreichend sei, und insbesondere der Erste Seeland Sir John Fisher um die englische Flotte große Verdienste habe. Lord Esher schloß mit den Worten: „Es gibt in ganz Deutschland vom Kaiser abwärts keinen Menschen, der den Sturz Fishers nicht mit Freuden begrüßen würde, und schon aus diesem Grunde muß ich die Einladung, dem Vorstande der Liga beizutreten, ablehnen."

Durch diese Worte soll sich der Kaiser verletzt gefühlt haben und deshalb hat er den Brief an Lord Tweedmouth geschrieben. Der Kaiser habe sich in dem Briefe über Lord Esher kritisch ausgesprochen und dies sei der Grund, daß es Lord Tweedmouth Spaß gemacht habe, den Brief anderen Personen zu zeigen. Eine Bezugnahme auf die englische Flottenpolitik soll nur in der Bemerkung enthalten sein, worin der Kaiser erklärte, er könne, wenn er wolle, beweisen, daß die britische Flotte fünfmal so stark sei als die deutsche.

Lord Tweedmouth selbst hat dem Daily Chronicle auf dessen Anfrage erwidert: „Brief rein persönlich, nicht offiziell, hat keinen Bezug auf britisches Flottenbudget. Keine weitere Erklärung wird abgegeben werden, ehe das Haus der Lords am Montag zusammentritt."

Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird, bevor das Oberhaus zusammentritt, ein Ministerrat abgehalten werden, der dem Vernehmen nach die Angelegenheit des Briefes des Kaisers nach allen Richtungen hin prüfen wird. Lord Tweedmouth wird hierbei seinen Kollegen den ganzen Fall unterbreiten. Daraufhin werden im Oberhaus Erklärungen abgegeben werden.

•

Aus der englischen Presse.

London, 8. März. Die Westminster Gazette schreibt: Wir betrachten es als einen allgemeinen Grundsatz, daß es nicht üblich ist, daß ein Herrscher mit den Ministern einer anderen Macht in Briefwechsel tritt. Aber der deutsche Kaiser ist nach der ganzen Art seines Vorgehens nicht förmlich, und wenn er mit der Tradition bricht, ist auf keinen Fall anzunehmen, daß er eines machiavellistischen Anschlages auf die Unschuld oder Unabhängigkeit seiner Nachbarn schuldig wäre. Der Vorfall weist aber auf eine Preisgabe vertraulicher Dinge hin, die sehr zu beklagen ist. Wir können nur hoffen, daß jetzt, wo das Unheil geschehen ist, verständige Leute aller Parteien die äußersten Anstrengungen machen werden, um es in seine Grenzen zu bannen.

Evening Standard schreibt: Es ist fast unglaublich, daß der Kaiser einen durch diplomatischen Brauch oder durch nationale Eigentümlichkeit so wenig gerechtfertigten Schritt unternehmen sollte, und noch unglaublicher, daß ein Minister der britischen Krone glauben sollte, daß er die Freiheit habe, sich in eine so ungewöhnliche Korrespondenz einzulassen ohne Wissen und Billigung des Parlaments. Es ist klar, daß die Angelegenheit nicht da gelassen werden darf, wo sie ist, aber da wir der Ansicht sind, daß jede Verbitterung der deutsch-englischen Beziehungen zu bedauern wäre, hoffen wir aufrichtig, daß Lord Tweedmouth in der Lage sein wird, eine befriedigende Erklärung der Angelegenheit zu geben.

Daily Graphic sagt: Da wir des festen Glaubens sind, daß der Kaiser allein die Interessen des Friedens und der englisch-deutschen Freundschaft im Auge gehabt hat, als er an Tweedmouth schrieb, so hoffen wir bestimmt, daß er in Zukunft auf den mehr herkömmlichen Apparat diplomatischen Verkehrs zur Förderung dieser unerkennenswerten Ziele sich stützen werde.

Morning Post schreibt: Weder das Oberhaus, noch das Parlament werde voraussichtlich die Veröffentlichung des Briefes verlangen, der nur habe geschrieben werden können infolge eines ganz natürlichen Mißverständnisses bezüglich der besonderen Stellung, welche ein britischer Minister einnimmt. Ein solches Verlangen würde so aufgefaßt werden, als enthalte es eine Rüge Sr. Majestät, die gänzlich über jeder Kompetenz steht. Das Parlament möge indessen recht haben, daß die Regierung besondere diplomatische Mittel ergreifen müsse, um den Kaiser mit dem Wesen der ministeriellen Verantwortlichkeit in England vertraut zu machen.

•

Aus der französischen Presse.

Paris, 8. März. In den hiesigen politischen Kreisen äußert man sich mit Zurückhaltung. So wenig man die innere Bedeutung des Vorganges überschätzt, so leicht neigt man zu der Annahme, daß der Vorfall dem deutsch-englischen Einigungsversuche der letzten zwei Jahre gründlich geschadet hat. Der Temps sagt, daß die Times gegen Lord Tweedmouth und das englische Kabinett eine Waffe gebraucht habe, die man nur in verzweifelten Fällen aus der Scheide ziehen solle. Es sei fraglich, ob die Ereignisse ein solches Vorgehen rechtfertigten. Der Kaiser habe englische Minister in Berlin empfangen, habe selber während eines Monats in England mit allen Staatsmännern verkehrt, ohne daß dieser Gedankenaustausch verdächtig erschienen; konnte er nicht annehmen, daß die gleiche Empfindung auch gegenüber dem brieflichen Verkehr herrsche? In dem Wechsel der Beziehungen zwischen England und Deutschland, dem Schwanken zwischen Vertrauen und Mißtrauen liege etwas Paradoxes. Das Journal des Débats fragt, ob die Times und das englische Publikum den wahren Sachverhalt nicht etwas dramatisiert hätten? Die Parteileidenschaft hätte vielleicht unbewußt die Dinge vergrößert erscheinen lassen. Beide Blätter kommen dann allerdings zu dem Schluß, daß die impulsive Art des Kaisers und die unklare Haltung der deutschen Diplomatie auch einen Teil der Schuld daran trügen, wenn solche Nachrichten mit Ueberzeugung von einem großen Teil des Publikums aufgenommen würden. Der Kaiser vergesse, daß der Reiz seiner Konversation nicht immer in seinen schriftlichen Kundgebungen sich wiederfinde. Die Diplomatie habe leider die Gewohnheit, eine Art Kulissenpolitik zu treiben. Frankreich wisse davon zu erzählen. Das erzeuge natürlich Mißtrauen. Der Kaiser müsse begreifen, daß die Regierungen, auch wenn sie zu freundlichen Beziehungen geneigt seien, zu einer Reserve gezwungen würden, so lange der friedliche Reiz der Kaiserworte nicht mit der Politik Deutschlands einheitlich verbunden sei. Der Vorfall werde, so schließen beide Blätter, ohne ernste Folgen vorübergehen, aber er habe die ehrlichen Bemühungen in England und Deutschland, eine Annäherung beider Länder herbeizuführen, für lange Zeit vernichtet.

Was wird mit dem Vereinsgesetz?

Aus Stuttgart wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß der Abgeordnete v. Payer jedes Kompromiß über den Sprachenparagraphen entschieden in Abrede stellt. Die Süddeutsche Volkspartei werde um keinen Preis einen weiteren Schritt zurückweichen. Der Stuttgarter Korrespondent des Berliner linksliberalen Blattes fügt hinzu, daß die Haltung des Abgeordneten v. Payer höchst bedeutungsvoll sei, da er als der heimliche Führer des Blockfreisinns angesehen werden könnte.

Andrerseits wird die Behauptung aufgestellt, daß die freisinnigen Dinergäste des Fürsten Bülow mit fieberhaftem Eifer für das Zustandekommen eines Kompromisses tätig sind, daß insbesondere die Herren Fischbeck und Pachnicke dem Reichskanzler ein förmliches Versprechen abgegeben haben, sie würden ihre Fraktionsgenossen zur Nachgiebigkeit bewegen. Stimmt aber, wie nach dem jetzigen Stande der Dinge zu erwarten ist, die freisinnige Volkspartei (etwa abzüglich der Herren Träger und Stengel, aber in Gemeinschaft mit einigen Vereinigungsleuten) für das Kompromiß, so ist dessen Annahme mit einer knappen Mehrheit gesichert. Herr v. Payer hätte dann seine Prinzipien gewahrt, aber Fürst Bülow hätte auch, was er will!

Dieses Kompromiß würde aber nicht zustande kommen, wenn die Süddeutsche Volkspartei gemeinsam mit der Mehrheit der Freisinnigen Vereinigung sich bereit zeigt, aus einem Umfall der Freisinnigen Volkspartei die Konsequenzen zu ziehen und als Antwort das Haus der Fraktionsgemeinschaft zu verlassen.

Die Süddeutsche Volkspartei kann durch Passivität oder laue Opposition das Zustandekommen des Kompromisses begünstigen, sie kann es aber auch verhindern durch entschiedenes und unzweideutiges Auftreten. Unterläßt sie es zu erklären, daß für den Fall der Annahme des Kompromisses weder der kleine noch der große Block für sie existieren werde, so trägt sie die Verantwortung für den üblen Ausgang.

Daß die Entscheidung auf des Messers Schneide steht, geht aus einem Artikel der Köln. Ztg. hervor, der unter der Ueberschrift: „Das Reichsvereinsgesetz in Gefahr" mitteilt, daß die Kommissionsberatung verschoben worden sei, weil man die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, außerhalb der Kommission zu einer Verständigung zu gelangen. Die Regierung sei fest entschlossen, das ganze Gesetz zurückzuziehen, wenn der § 7 des Gesetzes nicht angenommen werde.

Die Kölnische Zeitung hat folgenden Kompromißvorschlag bei der Hand. Sie führt aus:

Am 5. Januar d. J. gaben wir den Vorschlag wieder, dem § 7 folgende Fassung zu geben: „Die Verhandlungen der öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind in gemischtsprachigen Teilen des Deutschen Reiches im Wege der Landesgesetzgebung zulässig. Als gemischtsprachig sind zurzeit einzelne Teile Elsaß-Lothringens und der preußischen Provinzen Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein anzusehen."

Dieser nationalliberale Kompromißvorschlag bedeutet in Wahrheit noch eine Verschlechterung jenes vorher schon bekannt gewordenen Kompromißversuchs, der die Sprachenfrage überhaupt der Landesgesetzgebung übertragen wollte. Ja, er bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der Regierungsvorlage. Nach der Regierungsvorlage dürfen Ausnahmen von dem Verbot der fremden Sprache durch die Landesgesetzgebung getroffen werden. Theoretisch ist also die Landesgesetzgebung frei in der Anordnung solcher Ausnahmen. Der nationalliberale Kompromißantrag will aber die Landesgesetzgebung von vornherein festbinden, daß sie nur dort Ausnahmen treffen dürfe, wo gemischtsprachige Bevölkerung vorhanden ist. Die Nationalliberalen beweisen durch diesen Mogelversuch nur ihre Feindschaft gegen jeden Liberalismus.

Politische Uebersicht.

Preußische Landtagsneuwahlen im Juni?

• Bei der Beratung des Eisenbahnetats im preußischen Abgeordnetenhause richtete am Sonnabend der nationalliberale Abg. Macco an den Eisenbahnminister die Frage, ob die Sekundärbahnvorlage noch so früh an das Haus kommen würde, daß ihre Verabschiedung möglich sei, auch wenn der Landtag schon vor Ostern geschlossen würde. Der Minister bejahte die Frage: auch wenn der Landtag schon vor Ostern nach Hause geschickt würde, um nicht wieder zu kommen, werde die Sekundärbahnvorlage noch zu rechter Zeit verabschiedet werden können. Man rechnet also bei der Regierung wie bei den Regierungsparteien mit der Wahrscheinlichkeit, daß diese Legislaturperiode schon vor Ostern ihren endgültigen Abschluß findet. Das würde Landtagsneuwahlen nicht erst im Herbst, sondern schon im Juni bedeuten. Es gilt, beizeiten dafür zu rüsten!

•

Die Wahlparole.

Eines der schlimmsten Scharfmacherblätter, die Hamburger Nachrichten, bringen in einem Leitartikel einen Alarmruf zu den Landtagswahlen. Wir teilen unseren Lesern einen Satz hieraus mit, weil er klar und scharf ausspricht, um was es sich bei den preußischen Landtagswahlen handelt und mit welcher Energie deshalb die Gegner vorgehen wollen. Die Hamburger Nachrichten schreiben:

„Im Keime schon sollte das Verlangen, auch Preußen mit dem gleichen und geheimen Wahlrecht zu beglücken, erstickt werden. Jetzt ist noch Zeit dazu; jetzt kann noch vorgebeugt werden, daß sich die Feinde des preußischen Landeswahlrechts auf das Resultat des Wahlkampfes berufen und behaupten können, des „Volkes Wille" habe für sie entschieden. Das preußische Wahlrecht stellt ein Bollwerk dar gegen die Hochflut der Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens. Ist erst einmal in dieses Bollwerk Bresche gelegt, dann wird auch in Preußen jene Hochflut nicht mehr allzu lange zurückgehalten werden. Es ist die Gleichheit des Wahlrechts, kraft deren sich die Demokratisierung unaufhaltsam vollziehen muß. Den letzten bedeutsamen Hemmungsfaktor dieser Entwicklung bildet die Ungleichheit des Wahlrechts, wie sie noch in dem größten deutschen Bundesstaate Wirklichkeit geblieben."

Diese Sätze können auch wir immer wieder als Feldgeschrei für unseren Wahlrechtskampf benutzen!

Polenfrage und Schulnot.

pc. Als im Herrenhause die Enteignungsvorlage gegen die Polen verhandelt wurde, die unzweifelhaft dazu führen wird, den Nationalitätenkampf in den Ostmarken auf das schlimmste zu verschärfen, ohne den gewünschten Erfolg der „Germanisierung" zu bringen, bemerkte der Reichskanzler, daß keiner der Herren, die gegen die Vorlage gesprochen hätten, ein konkretes praktisches Mittel angegeben habe, um die Enteignung überflüssig zu machen. Freilich hatte vor Bülows Erscheinen im Hause Graf Oppersdorff, der im übrigen am wirkungsvollsten gegen die Vorlage sprach, seine Rede mit den Worten geschlossen: „Wenn im Osten wirklich Gefahr im Verzuge ist, dann ein Armeekorps mehr nach dem Osten, aber nicht ein solches Gesetz!" Doch dieser preußische Grundgedanke kann nicht als originell betrachtet werden. Will Fürst Bülow wissen, wie man ohne Gewaltmaßregeln in den polnischen Landesteilen „germanisieren" kann, so muß er sich eben nicht an das preußische Herrenhaus wenden, sondern er muß das Protokoll des Parteitags der sozialdemokratischen Partei Preußens vom Jahre 1904 studieren. Dort findet er auf Seite 34, wie der Referent zur Schulfrage nach einer kurzen Kennzeichnung der Schulverhältnisse in der Provinz Posen unter lebhaftem Beifall des Parteitages ausführte: „Diese Zahlen habe ich angeführt, um ein scharfes Wort gegen die Heuchelei zu sprechen, die die preußische Regierung mit ihrer Germanisierungspolitik in den Ostmarken treibt. Wenn von den Hunderten von Millionen, die für diese Politik ausgegeben werden, nur ein Teil dazu verwandt würde, um bessere Schulverhältnisse zu schaffen, dann könnte man allenfalls von einer guten Germanisierungspolitik sprechen, weil durch die Verausgabung von Mitteln zu solchen Zwecken die nationale Ehre hochgehalten wird."

Aber die offiziellen „Hüter der nationalen Ehre" sind derartigen „spießbürgerlichen" Ueberlegungen unzugänglich, und so läßt man die Dinge auf dem Schulgebiete in den polnischen Landesteilen ruhig ihren Gang weiter gehen; ja nicht einmal das Schulunterhaltungsgesetz hat man seinerzeit auf die Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt, und auch jetzt wird man nicht an dessen Uebertragung auf jene Provinzen herangehen, um, wie Herr Holle kürzlich im Abgeordnetenhause sagte, „unnötige Beunruhigung innerhalb dieser beiden Provinzen zu vermeiden"!

Dabei wurde erst jetzt wieder festgestellt, daß ungefähr die Hälfte der Schulen in Posen Halbtagsschulen sind. Der Lehrermangel ist ja eine allgemeine Erscheinung in Preußen; wurden doch nach der neuesten Statistik (für 1906) im ganzen Staate 115 902 Volksschulklassen, aber nur 102 764 Lehrkräfte (Lehrer und Lehrerinnen zusammen) gezählt; rechnet man auf jede Klasse eine Lehrkraft — in Städten mit guten Schuleinrichtungen ist die Zahl der Lehrkräfte größer als die der Schulklassen —, so fehlen im ganzen Staate 13 138 Lehrkräfte, oder auf je 100 Schulklassen fehlen 11,3 Lehrkräfte, d. h. für mehr als 11 Klassen von 100 gibt es keine eigenen Lehrer; jede von ihnen muß mit je einer anderen den Lehrer teilen, so daß auf je 100 Klassen mehr als 22 Halbtagsunterricht haben — an sich schon ein Zeichen preußischer Kulturhöhe!

Die Ziffern sind aber von Provinz zu Provinz verschieden. Auf 100 Volksschulklassen fehlen im Sinne der eben angestellten Betrachtung an Lehrkräften z. B. in der Rheinprovinz 1,8 Prozent, in Westfalen 8,4 Prozent, in Schleswig-Holstein 1,5 Prozent. Im Stadtkreis Berlin kommen auf 100 Volksschulklassen 106,4 Lehrkräfte. Auf der anderen Seite steht es am schlechtesten in Schlesien, wo 27,9 Prozent fehlen, und gleich darauf folgt Posen mit 25,9 Prozent!

Das Ziel der Sozialdemokratie auf dem Schulgebiet ist selbstverständlich die Beseitigung der Schulnot allüberall; sie wird darauf drängen, nicht nur überall den Rahmen des Schulwesens auszufüllen, sondern auch das Niveau der Schule zu heben — das heutige erscheint ihr in jeder Beziehung als viel zu tief. Aber die Sozialdemokratie würde vermutlich im Augenblicke im preußischen Landtag nicht zögern, zunächst einmal für die Provinzen Ostpreußen und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080309/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG